

## § 2 SGB XIV Berechtigte der Sozialen Entschädigung

(Fassung vom 12.12.2019, gültig ab 01.01.2021)

(1) Berechtigte sind Geschädigte sowie deren Angehörige, Hinterbliebene und Nahestehende.

(2) Geschädigte sind Personen, die durch ein schädigendes Ereignis nach diesem Buch unmittelbar eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.

(3) <sup>1</sup>Angehörige sind Ehegatten sowie Kinder und Eltern von Geschädigten. <sup>2</sup>Als Kinder gelten auch in den Haushalt Geschädigter aufgenommene Stiefkinder sowie Pflegekinder im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Bundeskindergeldgesetzes.

(4) <sup>1</sup>Hinterbliebene sind

1. Witwen, Witwer und Waisen,
2. Eltern sowie
3. Betreuungsunterhaltsberechtigten

einer an den Folgen einer Schädigung verstorbenen Person. <sup>2</sup>Als Waisen gelten auch in den Haushalt der an den Folgen einer Schädigung verstorbenen Person aufgenommene Stiefkinder sowie Pflegekinder im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Bundeskindergeldgesetzes.

(5) Nahestehende sind Geschwister sowie Personen, die mit Geschädigten eine Lebensgemeinschaft führen, die der Ehe ähnlich ist.

(+++ § 2: Inkraft gem. Art. 60 Abs. 5 G vom 12.12.2019 I 2652 mWv 1.1.2021 +++)

*Dokument wurde zuletzt aktualisiert am: 15.12.2020*

### Gliederung

A. Basisinformationen	Rn. 1
I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien	Rn. 1
II. Vorgängervorschriften	Rn. 7
III. Systematische Zusammenhänge	Rn. 8
IV. Ausgewählte Literaturhinweise	Rn. 13
B. Auslegung der Norm	Rn. 14
I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm	Rn. 14
II. Normzweck	Rn. 15
III. Berechtigte (Absatz 1)	Rn. 16
IV. Geschädigte (Absatz 2)	Rn. 19
V. Angehörige (Absatz 3)	Rn. 27
VI. Hinterbliebene (Absatz 4)	Rn. 37
VII. Nahestehende (Absatz 5)	Rn. 47

## A. Basisinformationen

### I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien

- 1 Der Gesetzgeber hatte es zum Ziel des neuen Rechts der Sozialen Entschädigung erklärt, den **Kreis der Leistungsberechtigten** gerade für Leistungen der Schnellen Hilfen gemäß §§ 29 ff. SGB XIV (Fallmanagement, Traumaambulanz) **weit** zu fassen, s.a. § 6 SGB XIV. Dadurch sollte berücksichtigt werden, dass schädigende Ereignisse sich auch auf das persönliche Umfeld der unmittelbar Betroffenen auswirken, z.B. auch auf Geschwister.<sup>1</sup> Neben den **unmittelbar Geschädigten**, denen gemäß § 14 Abs. 2 SGB XIV auch die sog. Schockschadensopfer gleichgestellt sind, sind damit als mögliche Leistungsberechtigte auch die **Angehörigen, Hinterbliebenen und Nahestehenden** ins Gesetz aufgenommen worden. Die Personenkreise der **Berechtigten** der Sozialen Entschädigung wird durch § 2 SGB XIV für dieses Gesetz legaldefiniert.
- 2 Durch die Gesetz gewordene Fassung von § 14 Abs. 2 SGB XIV über die Gleichstellung von Schockschadensopfern/Sekundäröpfen mit Opfern von Gewalttaten hat sich auch der Vorschlag des Referentenentwurfs über den Kreis der **sonstigen Berechtigten** für den Bereich der Opferschädigung erledigt. Nach dem Referentenentwurf sollte danach differenziert werden, ob Personen, die eine Gewalttat miterleben oder ein Opfer auffinden, zu dem Opfer in enger emotionaler Beziehung stehen oder nicht, §§ 15, 16 SGB XIV-E.<sup>2</sup> Bei Fehlen einer solchen Beziehung sollten Personen sonstige Berechtigte sein mit einem generell eingeschränkten Zugang zu Leistungen. Die Gesetz gewordene Fassung des § 14 Abs. 2 SGB XIV hat anders als vom Referentenentwurf vorgeschlagen eine Differenzierung danach vorgenommen, ob die Sekundäröpfe die Tat miterleben oder das Opfer auffinden oder ob sie von der Tat benachrichtigt werden. Für einen gesonderten Personenkreis der sonstigen Berechtigten bestand nach dem in § 14 Abs. 2 SGB XIV abschließend definierten Kreis der gleichgestellten Personen kein Bedarf mehr.
- 3 Die Vorschrift hat bis zu ihrer Verabschiedung verschiedene **Änderungen** erfahren, **insbesondere** bezüglich der Einordnung von **Eltern** von Geschädigten in den Kreis der Berechtigten. Der Referentenentwurf hatte die Eltern von Geschädigten als **Nahestehende** eingeordnet, § 2 Abs. 5 SGB XIV.<sup>3</sup> Der Gesetzentwurf der Bundesregierung nahm die Eltern dagegen in den Kreis der **Angehörigen** auf, § 2 Abs. 3 SGB XIV.<sup>4</sup> Die endgültig verabschiedete Fassung berücksichtigt darüber **hinaus** auf die Anhörung der Verbände und Sachverständigen und auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales Eltern **auch als Hinterbliebene** einer an den Folgen einer Schädigung verstorbenen Person, § 2 Abs. 4 SGB XIV.<sup>5</sup> Dies war zumindest klarstellend veranlasst, nachdem der Gesetzentwurf der Bundesregierung in § 88 SGB XIV unter den darin genannten Voraussetzungen<sup>6</sup> einen Anspruch für hinterbliebene Eltern auf eine monatliche Rente

<sup>1</sup> Referentenentwurf vom 20.11.2018, S. 145; *Tabbara*, NZS 2020, 210, 212.

<sup>2</sup> Referentenentwurf vom 20.11.2018, S. 20, 152.

<sup>3</sup> Referentenentwurf vom 20.11.2018, S. 15, 145 zu § 3 SGB XIV-E.

<sup>4</sup> BR-Drs. 351/19, S. 12, 193; BT-Drs. 19/13824, S. 20, 170 f.

<sup>5</sup> Ausschuss-Drs. 19(11)505, S. 7, 17, 46; BT-Drs. 19/14870 zu Nr. 1b, S. 6, 30.

<sup>6</sup> In Fortführung der §§ 49 ff. BVG.

aufgenommen hatte. Hiermit wurde auch einer Forderung von Opferverbänden nachgekommen.<sup>7</sup>

**Hinterbliebene Eltern** haben damit auch Zugang zu den **weiteren Leistungen** nach § 6 Abs. 2 SGB XIV, die ihnen als Angehörige verschlossen geblieben wären.

- 4 Konsequenz hatte dagegen bereits der Gesetzentwurf der Bundesregierung als Folge der Einführung einer Rente für **betreuende Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft**, § 85 Abs. 2 SGB XIV, diese Betreuungsunterhaltsberechtigten als **Hinterbliebene** in § 2 Abs. 4 SGB XIV aufgenommen.<sup>8</sup> Der Referentenentwurf hatte eine Rentenzahlung für diese nicht vorgesehen und damit auch den Kreis der Hinterbliebenen nicht auf diese erstreckt.<sup>9</sup> Auch **Betreuungsunterhaltsberechtigten** haben Zugang zu den weiteren Leistungen nach § 6 Abs. 2 SGB XIV.
- 5 Einer ausdrücklichen Nennung der **Partner eingetragener Lebenspartnerschaften**, wie sie konsequent noch im Referentenentwurf vom 20.11.2018 vorgesehen war, bedurfte es aufgrund der Einführung des § 21 LPartG nicht mehr.<sup>10</sup>
- 6 Die Vorschrift tritt im Gegensatz zu den meisten weiteren Vorschriften des SGB XIV bereits **zum 01.01.2021 in Kraft**.<sup>11</sup> Dies ist bedingt durch die bereits zum 01.01.2021 für den Rechtskreis des OEG eingeführten **Leistungen in einer Traumaambulanz** als Teil der Leistungen der Schnellen Hilfen, §§ 31 ff., 138 Abs. 7 SGB XIV. Diese Leistungen sollen über das Erleichterte Verfahren schnell zugänglich sein, §§ 115 ff. SGB XIV.<sup>12</sup>

## II. Vorgängervorschriften

- 7 Eine Vorgängervorschrift, die wie § 2 SGB XIV zusammengefasst und in Legaldefinitionen den Kreis der Berechtigten für den Bereich der Sozialen Entschädigung beschreibt, existiert nicht. § 2 SGB XIV ist vielmehr Ausdruck des mit dem SGB XIV verfolgten Ziels eines modernen, systematischen und strukturierten neuen Rechts der Sozialen Entschädigung.

## III. Systematische Zusammenhänge

- 8 § 2 SGB XIV enthält als Regelung in Kapitel 1 über die **Allgemeinen Vorschriften** die Festlegung der Gruppen der Berechtigten der Sozialen Entschädigung und definiert diese zugleich. Es handelt sich um Personengruppen, die **grundsätzlich** bei allen Entschädigungstatbeständen **anspruchsberechtigt** sein können. Welche **Leistungen** den Berechtigten jeweils zustehen können, ergibt sich aus den einzelnen Regelungen in den **Kapiteln 4 bis 15**.<sup>13</sup>
- 9 Die Vorschrift ist nach dem Verständnis des Gesetzgebers **nicht** als **abschließende** Regelung zu verstehen. Dieser ging davon aus, dass bei einzelnen Entschädigungstatbeständen weitere Personengruppen anspruchsberechtigt sein können, was sich aus den Sonderregelungen in Kapitel 2 Abschnitt 2 ergeben würde.<sup>14</sup> Eine derartige Sonderregelung enthält derzeit § 14 Abs. 2 SGB XIV. Die darin nun ausdrücklich berücksichtigten sog. **Schockschadenopfer** sind nicht Ge-

<sup>7</sup> Ausschuss-Drs. 19(11)505, S. 7; BT-Drs. 19/14870 zu Nr. 1b, S. 6, 30.

<sup>8</sup> BR-Drs. 351/19, S. 12, 193; BT-Drs. 19/13824, S. 20, 170 f.

<sup>9</sup> Referentenentwurf vom 20.11.2018, S. 15, 145 zu § 3 SGB XIV-E.

<sup>10</sup> Vgl. Art. 3 Nr. 3 des Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 18.12.2018 mit Wirkung vom 22.12.2018, BGBl I 2018, 2639; BR-Drs. 351/19, S. 193, BT-Drs. 19/13824, S. 170.

<sup>11</sup> Art. 60 Abs. 5 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12.12.2019, BGBl I 2019, 2652.

<sup>12</sup> Diese vorgezogene Geltung beruht auf der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, BT-Drs. 19/14870 zu Nr. 14 d, S. 16, 39.

<sup>13</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 171.

<sup>14</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 170 f.

schädigte im Sinne von § 2 Abs. 1 SGB XIV, weil sie keine hierin für Geschädigte definierte unmittelbare Schädigung durch ein gegen sie gerichtetes schädigendes Ereignis erleiden.<sup>15</sup> Ihre gesundheitliche Schädigung beruht entweder auf dem Miterleben der Tat bzw. dem Auffinden des Opfers, § 14 Abs. 2 Satz 1 SGB XIV, oder auf der Nachrichtenüberbringung, § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB XIV. Die Leistungsberechtigung dieser sog. **Sekundärpfer** beruhte bislang auf Richterrecht, dem sich der Gesetzgeber im SGB XIV nicht verallgemeinernd anschließen wollte. Durch das Erfordernis der unmittelbaren Schädigung in § 2 Abs. 1 SGB XIV will er vielmehr auch seiner schon für das OEG geltenden Intention Ausdruck verleihen, dass nur unmittelbar durch das jeweilige schädigende Ereignis Geschädigte vom Kreis der Berechtigten erfasst sein sollen.<sup>16</sup>

- 10 Ferner werden nach **§ 88 Abs. 3 SGB XIV** den **Eltern gleichstellt Stiefeltern** oder **Pflegeeltern**, wenn sie die Geschädigte oder den Geschädigten vor der Schädigung unentgeltlich unterhalten haben (Nr. 1), sowie **Großeltern**, wenn die oder der Verstorbene ihnen Unterhalt geleistet hat oder hätte (Nr. 2).
- 11 Die Legaldefinitionen des § 2 SGB XIV sind beschränkt auf das SGB XIV, sofern nicht in anderen Gesetzen hierauf ausdrücklich Bezug genommen wird. Umgekehrt sind **Legaldefinitionen anderer Gesetze** nicht auf das SGB XIV zu übertragen. Dies hat zur Folge, dass z.B. Geschwister in § 16 Abs. 5 SGB X als Angehörige definiert werden, in § 2 Abs. 5 SGB XIV dagegen vom Sinn und Zweck der damit verbundenen Leistungen als Nahestehende.
- 12 Keine weitere Bedeutung für das SGB XIV haben auch die in anderen Gesetzen enthaltenen Fiktionen, wie sie z.B. in § 25 Abs. 4 Satz 2 BVG für Familienmitglieder enthalten sind. Eine derartige Begriffsbestimmung ist im SGB XIV nicht enthalten.

## IV. Ausgewählte Literaturhinweise

- 13 *Tabbara*, Neues Sozialgesetzbuch SGB XIV – die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts, NZS 2020, 210.

## B. Auslegung der Norm

### I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm

- 14 Die Vorschrift enthält Legaldefinitionen für den Kreis der Personen, die grundsätzlich Leistungsberechtigte sein können. An dieser systematischen Einordnung orientieren sich die jeweilig vorgesehenen Leistungen. So stehen z.B. nur Hinterbliebenen die in § 6 Abs. 2 SGB XIV aufgeführten Leistungen zu.

### II. Normzweck

- 15 § 2 SGB XIV ist Teil der Allgemeinen Vorschriften des Kapitels 1. Sie dient der systematischen und begrifflichen Einordnung der grundsätzlichen leistungsberechtigten Personen.

<sup>15</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 170.

<sup>16</sup> BR-Drs. 351/19, S. 201; BT-Drs. 19/13824, S. 177.

### III. Berechtigte (Absatz 1)

- 16 § 2 Abs. 1 SGB XIV listet vorab zusammenfassend die Personengruppen der Berechtigten auf. Diese sind nach der Wortwahl in zwei Gruppen einzuordnen. Auf der einen Seite stehen die Geschädigten, auf der anderen die Gruppe der Angehörigen, Hinterbliebenen und Nahestehenden der Geschädigten.
- 17 Angehörige, Hinterbliebene und Nahestehende leiten ihre Berechtigung daher von der Existenz eines Geschädigten ab („deren“).
- 18 Systematisch könnte aufgrund der Rechtsfolge der **Gleichstellung** von Schockschadensopfern mit Opfern von Gewalttaten in § 14 Abs. 2 SGB XIV und von Stief-, Pflege- und Großeltern mit Eltern in § 88 Abs. 3 SGB XIV die Aufzählung in § 2 Abs. 1 SGB XIV als abschließend verstanden werden (siehe Rn. 9).

### IV. Geschädigte (Absatz 2)

- 19 An erster Stelle wird in § 2 Abs. 2 SGB XIV die Gruppe der **Geschädigten** legaldefiniert.
- 20 **Personen** sind dem Grunde nach alle **Menschen** als natürliche Personen, die mit Vollendung der Geburt **Rechtsfähigkeit** erlangt haben, **§ 1 BGB**. Die Rechtsprechung hat aber bereits unter der Geltung des § 1 BVG („Wer“) auch einer **Leibesfrucht (nasciturus)** einen Schutz zuerkannt. So sprach das BSG Anspruch auf Versorgung in einem Fall der unmittelbaren Kriegseinwirkungen auf die Leibesfrucht zu. Mit Beginn der Rechtsfähigkeit, somit ab dem Zeitpunkt der Geburt, konnten die Leistungen geltend gemacht werden.<sup>17</sup> Dies ist auf den Begriff der Person in § 2 Abs. 1 SGB XIV zu übertragen.
- 21 Auch im Bereich der Opferentschädigung ist das BSG so verfahren und hat den Schutz im Einzelfall weitergehend auf ein **noch nicht gezeugtes Kind (nondum conceptus)** erweitert, sofern es durch die Gewalttat gezeugt wurde und aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalls – Inzestbeziehung – gesundheitlich geschädigt geboren wurde.<sup>18</sup> Eine Fortführung dieser einzelfallbezogenen Wertung des Kreises der Berechtigten erscheint aufgrund der Wortwahl in § 2 Abs. 1 SGB XIV („Person“) nicht möglich. Denn § 2 Abs. 1 SGB XIV stellt bereits für die Eigenschaft als Berechtigter auf eine Person ab, nicht erst für das Entstehen von Leistungsansprüchen.
- 22 Eine **verstorbene** Person kann schon dem Grunde nach keine Leistungen mehr für sich in Anspruch nehmen, sie kann daher nicht Geschädigte(r) im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB XIV sein.
- 23 Die Legaldefinition beschränkt sich auf **schädigende Ereignisse** nach dem **SGB XIV**. Diese werden abschließend in **§ 1 Abs. 2 SGB XIV** aufgeführt und umfassen derzeit Gewalttaten (Nr. 1), Kriegsauswirkungen beider Weltkriege (Nr. 2), Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes (Nr. 3) sowie Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe (Nr. 1). Dies Verweisung auf § 1 Abs. 2 SGB XIV ist **dynamisch**, die Liste der schädigenden Ereignisse kann Änderungen unterliegen.
- 24 Geschädigte können nur Personen sein, die eine gesundheitliche Schädigung **unmittelbar** erlitten haben, somit in ihrer **eigenen Person**. Die **Unmittelbarkeit** der **gesundheitlichen Schädigung** ist zu trennen von **anderen** Anknüpfungen einer **Unmittelbarkeit**. So erfordert § 14 Abs. 1 SGB XIV nun im Gegensatz zu § 1 Abs. 1 Satz 1 OEG ausdrücklich, dass sich eine Gewalttat unmittelbar gegen eine Person richtet. Daher bedurfte es für die Einbeziehung der Sekundäropfer in das

<sup>17</sup> BSG v. 24.10.1962 - 10 RV 583/59 - BSGE 18, 55.

<sup>18</sup> BSG v. 16.04.2002 - B 9 VG 1/01 R - BSGE 89, 199.

SGB XIV auch einer gesonderten Regelung (siehe Rn. 9).<sup>19</sup> Zu **trennen** ist der Begriff der Unmittelbarkeit zudem von dem **Kausalitätserfordernis**, das durch die Wortwahl „durch“ in § 2 Abs. 2 SGB XIV vermittelt wird und eine Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen ist, § 4 Abs. 1 Satz 1 SGB XIV („ursächlich“).

- 25** Nur **gesundheitliche Schäden** als Primärschaden können eine **Eigenschaft** als Geschädigter im Sinne des SGB XIV begründen. Gesundheitliche Schäden können physischer oder psychischer Art sein. Bloße Vermögensschäden führen daher zu keiner möglichen Leistungsberechtigung als geschädigte Person. Hiervon zu trennen sind die **weiteren**, möglicherweise auch wirtschaftlichen **Folgen** einer gesundheitlichen Schädigung im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 1 SGB XIV (Sekundärschaden) als besondere **Leistungsvoraussetzung**.
- 26** Im Bereich der Opferentschädigung werden die sog. Sekundäröpper den **Geschädigten gleichgestellt**, § 14 Abs. 2 SGB XIV (siehe Rn. 18).

## V. Angehörige (Absatz 3)

- 27** Neben den Geschädigten steht die Gruppe der Angehörigen, Hinterbliebenen und Nahestehenden, § 2 Abs. 1 SGB XIV. Absatz 3 enthält die Legaldefinition des Kreises der **Angehörigen**, der von den **Ehegatten** sowie den **Kindern** und **Eltern** von Geschädigten gebildet wird (Satz 1). **Stief- und Pflegekinder** gelten bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen als Kinder (Satz 2).
- 28** Da das SGB XIV bezüglich dieser Verhältnisse keinen besonderen Begriffsverständnissen unterliegt, kann für die nähere Ausgestaltung auf die **zivilrechtlichen Bestimmungen** abgestellt werden, **ohne** dass sich das SGB XIV daran **ausdrücklich gebunden** hat. Im Einzelfall kann daher eine am allgemeinen Begriffsverständnis angelehnte Auslegung dem Sinn und Zweck der Vorschrift gerechter werden (siehe z.B. Rn. 32).
- 29** **Ehegatten** sind Personen, die die Ehe geschlossen haben, § 1353 BGB. Sie besteht bis zur Aufhebung, § 1313 BGB, oder Scheidung fort, § 1564 BGB. Die Eheschließung wird durch die **Eheurkunde** nachgewiesen, die aus dem Eheregister, § 15 PStG, ausgestellt wird, §§ 54 Abs. 2, 55 Abs. 1 Nr. 2, 57 PStG.
- 30** **Lebenspartnerschaften** können seit dem 01.10.2017 nicht mehr als solche geschlossen werden, § 1 PartG. Auch Personen gleichen Geschlechts **begründen** seitdem eine **Ehe**, § 1353 BGB. Bestehende Lebenspartnerschaften können in eine **Ehe umgewandelt** werden, § 20a LPartG, oder fortgeführt werden. Die Partner sind in beiden genannten Fällen unmittelbar Ehegatten im Sinne von § 2 Abs. 3 Satz 1 SGB XIV. Bei **Beibehaltung** der **Lebenspartnerschaft** gelten Regelungen zu Ehegatten und Ehen, die nach dem 22.12.2018 in Kraft treten, entsprechend für diese, damit auch § 2 Abs. 3 Satz 1 SGB XIV. Der zunächst im Referentenentwurf vom 20.11.2018 vorgesehenen gesonderten Nennung von Lebenspartnern bedurfte es daher nicht mehr (siehe Rn. 5).<sup>20</sup> Das Bestehen einer Lebenspartnerschaft wird durch die **Lebenspartnerschaftsurkunde** nachgewiesen, die aus dem Lebenspartnerschaftsregister, § 17 PStG, ausgestellt wird, §§ 54 Abs. 2, 55 Abs. 1 Nr. 3, 58 PStG.
- 31** **Kinder** im Sinne von § 2 Abs. 3 Satz 1 SGB XIV sind die **leiblichen** Kinder, §§ 1591, 1592 BGB, sowie die als Kind angenommenen Personen. Mit **Annahme (Adoption)** erhalten sie die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen Kindes der Ehegatten oder als Kind des Annehmenden, § 1754

<sup>19</sup> BR-Drs. 351/19, S. 201; BT-Drs. 19/13824, S. 177.

<sup>20</sup> Zu § 3 SGB XIV-E S. 15.

BGB. Mit der Annahme erlöschen die Verwandtschaftsverhältnisse des Kindes und seiner Abkömmlinge zu den bisherigen Verwandten und die sich aus ihm ergebenden Rechte und Pflichten, § 1755 BGB. Mangels Sonderregelung gilt dies auch für § 2 Abs. 3 SGB XIV.

- 32** Als Kinder gelten auch **Stiefkinder**, sofern sie in den Haushalt Geschädigter, § 2 Abs. 2 SGB XIV, aufgenommen sind, § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV. Die Gesetzesbegründung führt aus, dass Kinder von eingetragenen Lebenspartnern als Stiefkinder des geschädigten eingetragenen Lebenspartners gelten.<sup>21</sup> Hieraus ist zu folgern, dass nur sog. „**echte**“ **Stiefkinder** von § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV erfasst sein sollen. D.h. im Fall der Schädigung des nicht leiblichen Elternteils würden sie nur dann als Stiefkinder nach Satz 2 gelten, wenn zwischen den Eltern eine förmliche Partnerschaft in Form der Ehe oder Lebenspartnerschaft besteht. Die Kinder sind dann mit dem nicht leiblichen Elternteil verschwägert, § 1590 Abs. 1 Satz 1 BGB i.V.m. § 1589 Abs. 1 Satz 1 BGB. „**Unechte**“ **Stiefkinder** sind damit keine Angehörigen. In Zusammenschau mit der Gleichstellung von Pflegekindern, die zu keinem der Elternteile ein verwandtschaftliches Verhältnis haben, erscheint dies **nicht ausgewogen**. Zwar werden durch § 2 Abs. 5 SGB XIV auch Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft im Fall der Schädigung des Partners „nur“ als Nahestehende eingeordnet. In Ableitung dazu ist es zwar folgerichtig, nicht leibliche Kinder des Partners auch nicht als Stiefkinder im Sinne von § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV und damit nicht als Angehörige zu behandeln. Jedoch werden die Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft durch § 2 Abs. 4 Nr. 3 SGB XIV unter weiteren Voraussetzungen als Hinterbliebene und durch § 2 Abs. 5 SGB XIV als Nahestehende aufgefangen. Sie erhalten mindestens die Leistungen der Schnellen Hilfen, § 6 Abs. 1 SGB XIV. „**Unechte**“ Stiefkinder werden dagegen gar nicht berücksichtigt. Dies erscheint den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen nicht mehr gerecht. Von Sinn und Zweck des SGB XIV her sollten daher zumindest von dem Begriff der „**Stiefkinder**“ in § 2 Abs. 3 SGB XIV **auch** die „**unechten**“ **Stiefkinder** erfasst werden, damit auch ihnen gegenüber Leistungen der Schnellen Hilfen erbracht werden können. Der Wortlaut von § 2 Abs. 3 SGB XIV steht dem nicht entgegen. Systematisch würden die „**unechten**“ Stiefkinder zwar eher den Nahestehenden im Sinn von § 2 Abs. 5 SGB XIV zuzuordnen sein. Jedoch bietet dessen Wortlaut keinen Anhaltspunkt für eine entsprechende Auslegung, es wäre eine Gesetzesänderung erforderlich. Auf den Umfang der Leistungen wirkt sich die Zuordnung als Angehöriger oder Nahestehender nicht aus, vgl. z.B. § 14 Abs. 2 Satz 3 SGB XIV.
- 33** Die Stiefkinder müssen in den **Haushalt** des **Geschädigten** aufgenommen sein. Hierdurch wird gefordert, dass mit dem Geschädigten auch eine die grundsätzliche Berechtigung rechtfertigende (familienähnliche, siehe Rn. 34) Nähebeziehung besteht.
- 34** Den Kindern sind zudem **Pflegekinder** im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BKGG gleichgestellt. Pflegekinder sind gemäß der **Legaldefinition** des **§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BKGG** Personen, mit denen der Berechtigte durch ein familienähnliches, auf Dauer berechnetes Band verbunden ist, sofern er sie nicht zu Erwerbszwecken in seinen Haushalt aufgenommen hat und das Obhuts- und Pflegeverhältnis zu den Eltern nicht mehr besteht.
- 35** **Eltern** sind die **leibliche Mutter** und der leibliche **Vater** des oder der Geschädigten, §§ 1591, 1592 BGB, von denen dieser abstammt, § 1589 BGB. Ferner die ein Kind **annehmenden** Personen, § 1754 BGB. **Zwar** hat der Gesetzgeber die Eltern von Geschädigten erweiternd zum Referentenentwurf in die Gruppe der Angehörigen aufgenommen.<sup>22</sup> Er hat **aber** keine zu **§ 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV entsprechende** Regelung aufgenommen, ohne dies näher zu begründen. Vom Sinn

<sup>21</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 170.

<sup>22</sup> BR-Drs. 351/19, S. 12, 193; BT-Drs. 19/13824, S. 20, 170 f.

und Zweck des § 2 Abs. 3 SGB XIV könnten Eltern in diesem Sinne daher auch Stiefeltern sowie Pflegeeltern unter den weiteren Voraussetzungen des § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV sein. Allerdings ist diese Erstreckung der Norm nicht erforderlich, weil **§ 88 Abs. 3 SGB XIV Stiefeltern** oder **Pflegeeltern** den **Eltern gleichstellt**, wenn sie die Geschädigte oder den Geschädigten vor der Schädigung unentgeltlich unterhalten haben (Nr. 1). Darüber hinaus werden auch **Großeltern** den **Eltern gleichstellt**, wenn die oder der Verstorbene ihnen Unterhalt geleistet hat oder hätte (Nr. 2). Dadurch werden diese von § 88 Abs. 3 SGB XIV erfassten Personen den Eltern als **Hinterbliebene** nach § 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB XIV zugeordnet und erhalten Leistungen, die über die für Angehörige hinausgehen, § 6 SGB XIV.

- 36 Dagegen findet sich keine Gleichstellung für die „**unechten**“ **Stiefeltern**. Diese sollte jedoch zumindest bis zu einer angezeigten Gesetzesänderung von dem Begriff der Angehörigen umfasst sein, um diesen jedenfalls die Leistungen der Schnellen Hilfen zu eröffnen (siehe Rn. 32).

## VI. Hinterbliebene (Absatz 4)

- 37 Die Gesetz gewordene Fassung (siehe Rn. 3, Rn. 4) von § 2 Abs. 4 SGB XIV nimmt **Witwen**, **Witwer** und **Waisen** (Nr. 1), **Eltern** (Nr. 2) und **Betreuungsunterhaltsberechtigte** (Nr. 3) in diesen Kreis auf (Satz 1). **Stief-** und **Pflegekinder** gelten bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen als Waisen (Satz 2).
- 38 Eine grundsätzliche Leistungsberechtigung als Hinterbliebener im Sinne von § 2 Abs. 4 SGB XIV setzt voraus, dass **eine Person** an den Folgen einer Schädigung **verstorben** ist. Verstorbene können nicht „geschädigte Person“ im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB XIV sein (siehe Rn. 22), die Verwendung dieses Begriffs verbietet sich daher in Absatz 4 ebenso wie eine weitere Bezugnahme auf Absatz 2. Systematisch muss die Schädigung auf einem **schädigenden Ereignis** nach § 1 Abs. 2 SGB XIV beruhen (siehe Rn. 23).
- 39 **Witwen** und **Witwer** sind nach allgemeinem und sozialversicherungsrechtlichem Begriffsverständnis **überlebende Partner einer förmlich begründeten Partnerschaft**, sei es in Form der Ehe oder der Lebenspartnerschaft, § 46 Abs. 1, 4 SGB VI. Für die Personengruppen der Ehegatten und Lebenspartner gelten die Ausführungen zu § 2 Abs. 3 Satz 1 SGB XIV entsprechend (siehe Rn. 29, Rn. 30).
- 40 **Waisen** sind überlebende Kinder eines Elternteils, s.a. § 48 Abs. 1 SGB VI. Nur **leibliche** oder angenommene Kinder sind Waisen im Sinne von § 2 Abs. 4 **Satz 1** Nr. 1 SGB XIV (siehe Rn. 31).
- 41 Als **Waisen** gelten aber gemäß 2 Abs. 4 **Satz 2** SGB XIV auch Stief- und Pflegekinder unter den zu § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV identischen Voraussetzungen (siehe Rn. 32 ff.). Anders als bei § 2 Abs. 3 Satz 2 SGB XIV vertreten ist eine Einbeziehung auch der „**unechten**“ **Stiefkinder** in den Kreis der Hinterbliebenen vom Sinn und Zweck des SGB XIV **nicht** geboten. Dass „**unechte**“ Stiefkinder daher nicht als solche berücksichtigt werden, begegnet keinen grundsätzlichen Bedenken. Sie wären andernfalls sogar **bessergestellt** als die Partner der eheähnlichen Lebensgemeinschaft, die nicht Hinterbliebene sind und daher auch keine monatlichen Entschädigungszahlungen erhalten, § 6 Abs. 2 SGB XIV i.V.m. § 87 SGB XIV.
- 42 Hinterbliebene sind in der Gesetz gewordenen Fassung (siehe Rn. 3) auch die **Eltern** der verstorbenen Person, § 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB XIV. **Eltern sind** die leiblichen Elternteile sowie die ein Kind annehmenden Personen. Ferner sind durch § 88 Abs. 3 SGB XIV den **Eltern gleichstellt** die „**echten**“ **Stiefeltern** und die **Pflegeeltern**, wenn sie die Geschädigte oder den Geschädigten vor der Schädigung unentgeltlich unterhalten haben (Nr. 1), sowie **Großeltern**, wenn die oder der Verstorbene ihnen Unterhalt geleistet hat oder hätte (Nr. 2) (siehe Rn. 10, Rn. 35).

- 43** **Betreuungsunterhaltsberechtigten** sind nach **§ 1570 BGB** grundsätzlich Partner einer Ehe bzw. Lebenspartnerschaft (siehe Rn. 30), die nach Scheidung die Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes übernommen haben. Der Gesetzgeber des SGB XIV geht wohl zielgerichtet wegen des Leistungsanspruchs einer monatlichen Entschädigungszahlung von Partnern einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft von einem etwas abweichenden Begriffsverständnis aus. **Betreuungsunterhaltsberechtigten** im Sinn von § 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB XIV sind danach **Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft**, sofern ein Partner an den Schädigungsfolgen verstorben ist und der andere unter Verzicht auf eine Erwerbsfähigkeit die Betreuung eines **gemeinschaftlichen** Kindes ausübt, **§ 85 Abs. 2 Satz 1 SGB XIV**. Der Anspruch besteht für die ersten drei Lebensjahre des Kindes, § 85 Abs. 2 Satz 2 SGB XIV.
- 44** Der Anspruch aus § 85 Abs. 2 SGB XIV entspricht **§ 1 Abs. 5 OEG**. Dieser wiederum beruht einem **Beschluss** des **BVerfG** vom 09.11.2004.<sup>23</sup> In diesem hat es das BVerfG für unvereinbar mit Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 GG erklärt, dass das OEG keine entsprechenden Leistungen vorgesehen hatte. Die Entscheidung des BVerfG wurde zunächst in § 1 Abs. 8 OEG umgesetzt, der nach Aufhebung der Absätze 5 bis 7 mit Wirkung vom 01.07.2018 zu § 1 Abs. 5 OEG wurde.<sup>24</sup>
- 45** Eine **eheähnliche Gemeinschaft** liegt mit dem Verständnis des Gesetzgebers vor, wenn die Verbindung auf Dauer angelegt ist, daneben keine weitere Lebensgemeinschaft zulässt und sich durch innere Bindungen auszeichnet, die ein gegenseitiges Entstehen der Partner in den Not- und Wechselfällen des Lebens begründen (sog. Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft<sup>25</sup>). Erforderlich ist zudem das Zusammenleben in einer Wohnung.<sup>26</sup> Zu § 2 Abs. 5 SGB XIV führt der Gesetzgeber in diesem Sinne aus, dass bei der Einschätzung des eheähnlichen Verhältnisses eine gewisse, einer Ehe ähnliche Stabilität der Partnerschaft erforderlich ist. Es ist auf die Umstände der Partnerschaft abzustellen; eine reine Wohngemeinschaft reicht nicht aus.<sup>27</sup>
- 46** Der Kreis der **Hinterbliebenen**, § 2 Abs. 4 SGB XIV, ist zwar mit dem der **Angehörigen**, § 2 Abs. 3 SGB XIV, weitgehend identisch. Die Differenzierung wirkt sich jedoch auf die jeweils eröffneten Leistungen aus. Nur **Hinterbliebene** erhalten die in **§ 6 Abs. 2 SGB XIV** genannten Leistungen.

## VII. Nahestehende (Absatz 5)

- 47** § 2 SGB XIV schließt mit dem Personenkreis der Nahestehenden ab. Dies sind **Geschwister** sowie Personen, die mit Geschädigten, § 2 Abs. 1 SGB XIV, eine **eheähnliche Lebensgemeinschaft** führen.
- 48** § 2 Abs. 5 SGB XIV knüpft an die Beziehung zum **Geschädigten** an. Zwar kann eine verstorbene Person nicht Geschädigter im Sinne von § 2 Abs. 1 SGB XIV sein. Daher wird in § 2 Abs. 4 SGB XIV auch auf eine „an den Folgen einer Schädigung verstorbene Person“ abgestellt (siehe Rn. 22, Rn. 38). Jedoch muss § 2 Abs. 5 SGB XIV von dem Zusammenhang sowie dem Sinn und Zweck der Norm **auch** für Nahestehende gelten, wenn die **geschädigte Person** an den Folgen **verstorben** ist.

<sup>23</sup> BVerfG v. 09.11.2004 - 1 BvR 684/98 - BVerfGE 112, 50.

<sup>24</sup> Siehe Art. 3 Nr. 1 Buchst. b und c, Art. 60 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12.12.2019, BGBl I 2019, 2652.

<sup>25</sup> BVerfG v. 17.11.1992 - 1 BvL 8/87 - juris Rn. 93 ff. - BVerfGE 87, 234.

<sup>26</sup> BR-Drs. 351/19, S. 239; BT-Drs. 19/13824, S. 208.

<sup>27</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 171.

- 49 Geschwister** sind generell Personen, die **leibliche Brüder** oder **Schwestern** sind, vgl. z.B. § 2109 BGB. Diese stammen von derselben Dritten Person ab, § 1589 BGB. Nach dem Sinn und Zweck sind aber auch **Stiefgeschwister**, **Geschwister** in **Pflegefamilien** und **nicht gemeinschaftliche** Kinder einer **eheähnlichen Lebensgemeinschaft** erfasst. Es wäre nicht zu rechtfertigen, bei bestehender Nähebeziehung mit dem Geschädigten oder gar Verstorbenen diese von den Leistungen der Schnellen Hilfen auszuschließen, §§ 29 ff. SGB XIV. Der Gesetzgeber will mit § 2 Abs. 5 SGB XIV berücksichtigen, dass schädigende Ereignisse im Sinne des SGB XIV auch einen Einschnitt im Leben des **persönlichen Umfelds** der Geschädigten darstellen.<sup>28</sup> Dies wird nur durch eine **möglichst weite**, die Grenzen des Wortlautes nicht überschreitende, Auslegung der Norm verwirklicht.
- 50** Nahestehende sind auch **Partner** einer **eheähnlichen Lebensgemeinschaft**. Hierfür ist von einem zu § 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 SGB XIV einheitlichen Begriffsverständnis auszugehen (siehe Rn. 45).
- 51 Weitere** Personengruppen können nach dem **Wortlaut** der Vorschrift **nicht** als Nahestehende gewertet werden. Das SGB XIV enthält auch keine dem § 14 Abs. 2 SGB XIV oder § 88 Abs. 3 SGB XIV entsprechende Gleichstellungsvorschrift für Nahestehende. Die Entscheidung hierzu ist dem **gesetzgeberischen Gestaltungsspielraum** zuzuordnen. Zwingend wäre die Eingrenzung auf Geschwister und Partner eheähnlicher Lebensgemeinschaften nicht gewesen. Es wäre auch möglich gewesen, allein die Gruppe von Nahestehenden als Berechtigte aufzunehmen und dies durch z.B. durch eine **enge emotionale Beziehung** zum Geschädigten oder Verstorbenen zu definieren. Hierdurch wäre dem Anliegen des Gesetzgebers, das persönliche Umfeld des Geschädigten verstärkt einzubeziehen<sup>29</sup>, sogar **mehr Ausdruck** verliehen worden.

<sup>28</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 171.

<sup>29</sup> BR-Drs. 351/19, S. 193; BT-Drs. 19/13824, S. 171.